



Ulle Schauws
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ulle Schauws, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Geschäftsstelle der BAG
Brunnenstraße 128
13355 Berlin

Berlin, 18.11.2015

Ulle Schauws, MdB
Sprecherin für Frauenpolitik
Sprecherin für Kulturpolitik

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74131
Fax: +49 30 227-76131
ulle.schauws@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Ostwall 70 -74
47798 Krefeld

Telefon: +49 2151-65 66 410
Fax: +49 2151-65 66 419
wahlkreis@ulle-schauws.de

Stellungnahme zu den Beschlüssen der BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Sehr geehrte Frau Ebeling,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26.10.2015. Gerne komme ich Ihrer Bitte nach und möchte mich zu den Beschlüssen der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf zwei konkrete Themen, die wir aktuell in der Bundestagsfraktion bearbeiten, beziehen. Diese betreffen die geflüchteten Frauen und das Thema Prostitution.

Die Bundesfraktion Bündnis 90/Die Grünen ist sich der Problematik bei der Unterbringung von Geflüchteten in den Unterkünften bewusst. Doch Frauen fliehen vor Gewalt, sie erleben auf der Flucht Gewalt und auch in Deutschland mehren sich Berichte über sexualisierte Gewalt in den Flüchtlingsunterkünften. Wir stehen in der Pflicht besonders gefährdete Flüchtlinge wie Frauen und Kinder in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften angemessen zu schützen.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag (18/6646) die Bundesregierung auf:

- die Schutzvorgaben der EU-Aufnahmerichtlinien in deutsches Recht umzusetzen. Diese sieht u.a. vor: dass bei der Unterbringung geschlechts- und altersspezifische Aspekte berücksichtigt und geeignete Maßnahmen getroffen werden, um sexuelle Übergriffe und Belästigungen zu verhindern. Die Bundesregierung muss gemeinsam mit den Bundesländern ein Gewaltschutzkonzept für Frauen, Kinder und Jugendliche und andere schutzbedürftige Gruppen ausarbeiten und in allen Flüchtlingsunterkünften etablieren.

- Die Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften an eine Betriebserlaubnis zu binden und den Trägern einen angemessenen Zeitraum zur Erfüllung der Auflagen einzuräumen.



- SozialarbeiterInnen in der Flüchtlingshilfe zur Sensibilisierung und für den Umgang mit Opfern sexualisierter Gewalt fortzubilden.
- ein Bundesprogramm aufzulegen, um den Zugang der Frauen zu Beratungs- und Schutzeinrichtungen gegen sexualisierte Gewalt für Frauen zu unterstützen.
- Besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen, die sich in einer Gefährdungslage befinden und die es sich wünschen, im Rahmen der Möglichkeiten eine alternative Unterbringung zu ermöglichen.

Wie werden die Problemlagen weiterhin aufmerksam verfolgt und an dem Thema geflüchtete Frauen und Mädchen arbeiten.

Eine Reform des Prostitutionsgesetzes zur Regulierung der Branche im Sinne einer Verbesserung der Selbstbestimmungsrechte von Prostituierten ist überfällig. Wir begrüßen daher, dass die Bundesregierung nun gesetzliche Regelungen für eine bundesweit verbesserte Regulierung in Angriff nehmen will. Auch der jüngste Beschluss von Amnesty International unterstreicht, dass Schutz und Menschenrechte von Prostituierten weltweit gestärkt werden müssen.

Das jetzt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vorgelegte Gesetz sollte jedoch nach unserer Auffassung dem gesteckten Ziel, den bestmöglichen Schutz für Prostituierte zu gewährleisten, gerecht werden. Was das BMFSFJ nach zähen Verhandlungen in der Großen Koalition jetzt allerdings präsentiert, ist ein Gesetzesentwurf, der die Diskriminierung und Stigmatisierung von in der Prostitution tätigen Personen fortsetzt und viele in die Illegalität drängt.

Vor allem die Anmeldepflicht, die Pflicht zu gesundheitlicher Beratung sowie die Kondompflicht sind nicht geeignet, um Menschen in der Sexarbeit zu stärken. Im Gegenteil: Sie tragen weiter zu Ausgrenzung und Stigmatisierung bei, erschweren den Zugang zu akzeptierenden Beratungs- und Unterstützungsangeboten und sind bestenfalls Symbolpolitik. In unserem Fraktionsbeschluss „Prostituierte schützen und stärken“ legen wir unsere Position für eine Reform des Prostitutionsgesetzes dar.

Wir werden an unsere Forderungen nach einem echten Prostituiertenschutzgesetz festhalten und fordern das BMFSFJ auf, den Gesetzesentwurf in diesem Sinne umfassend zu überarbeiten. Am 24.11.2015 debattieren wir in einem öffentlichen Fachgespräch mit ExpertInnen über die Reform des Prostituiertenschutzgesetzes weiter.

Mit freundlichen Grüßen

Ulle Schauws, MdB